

Antrag

des Abg. Christian Gehring u. a. CDU

Demonstration Einführung Kalifat

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. ob Erkenntnisse über geplante Anmeldungen zu Versammlungen in Baden-Württemberg mit gleichem oder ähnlichem Veranstaltungsinhalt wie in Hamburg vorliegen;
2. ob bei Versammlungen Identitätsfeststellungen von Störern – auch anhand von möglichem Bildmaterial – gewährleistet werden können;
3. ob die momentan gelten Regelungen des Versammlungsrechts als ausreichend angesehen werden, Versammlungen, die die freiheitlich demokratische Grundordnung in Frage stellen, zu verbieten oder mit Auflagen zu versehen;
4. ob ggf. die Eingriffsbefugnisse der Versammlungsbehörden maßvoll erweitert werden sollen;
5. ob die Teilnahme an einer Veranstaltung und das offensichtliche Bejubeln einer Forderung, ein Kalifat zu errichten, was sich offensichtlich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richtet, ausreichend, um strafprozessuale Maßnahmen wie Identitätsfeststellungen durchzuführen.

29.4.2024

Gehring, Bückner, Deuschle, Hockenberger, Huber, Mayr, Dr. Miller CDU

Begründung

Die Bilder, die uns von einer von Islamisten organisierten Demonstration in Hamburg am Wochenende in den Medien erreicht haben, sind nur schwer erträglich. Die dort geäußerten Forderungen richten sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung und verstören weite Teile der Bevölkerung. Ein entschiedenes Vorgehen gegen derartige Versammlungen muss möglich sein. Mit dem Antrag soll beleuchtet werden, inwieweit solche Versammlungen auch in Baden-Württemberg stattfinden könnten und wie die Versammlungsbehörden hierauf gegebenenfalls reagieren können.